

Absender*in:

An:
Thomas Stritzl
CDU Kreisverband Kiel
Sophienblatt 46
24114 Kiel

Kiel, den 21.08.2021

Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Lieber Herr Stritzl,

viele Menschen in Afghanistan sind in Lebensgefahr. Jede*r, der*die das Land verlassen möchte, muss dies tun können. Daher appelliere ich an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union: Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Deutschland muss gefährdete Menschen schützen und sofort evakuieren. Hierzu gehören die Ortskräfte deutscher Ministerien und Subunternehmen, Organisationen sowie deutscher bzw. deutsch finanzierter NGOs und Stiftungen inklusive ihrer Familien; Journalist*innen, die für deutsche Medien gearbeitet oder sich ihn ihnen kritisch geäußert haben; Wissenschaftler*innen, die in Deutschland studiert oder geforscht haben; Frauenrechts- und Menschenrechtsverteidiger*innen, Autor*innen, Künstler*innen, Sportler*innen sowie Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten. Hinzu kommen Familienangehörige von in Deutschland lebenden Afghan*innen, die zum Teil bereits seit Jahren auf Visa zum Familiennachzug warten.

Ich fordere:

1. Die sofortige Einrichtung einer Luftbrücke, um akut gefährdete Menschen und ihre Familien nach Deutschland zu holen
2. Schutz und Aufnahmeprogramme für alle Afghan*innen, die von den Taliban verfolgt werden
3. Direkte Aufnahme der Menschen aus Afghanistan durch die bereitstehenden Länder und Kommunen in Deutschland ermöglichen
4. Die Einrichtung von sicheren Fluchtwege für alle Menschen, die das Land verlassen wollen
5. Eine Aufstockung der Botschaften in Pakistan und im Iran, um die Wartezeit auf Visa für dorthin geflohene Afghan*innen zu verkürzen
5. Sicherheit und dauerhaftes Bleiberecht für afghanische Menschen, die in Deutschland leben.

Der Bundestag hat Ihnen für genau diese Situation mit §§ 22 und 23 des Aufenthaltsgesetzes eine **Rechtsgrundlage** gegeben, um eine Aufnahmezusage für bestimmte Einzelfälle und Personengruppen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu erteilen.

Als solidarische Gesellschaft müssen wir jetzt Druck aufbauen und zeigen: Wir lassen keinen Menschen zurück! Wir stehen an der Seite der afghanischen Menschen!

Mit freundlichen Grüßen

Absender*in:

An:

Mathias Stein, MdB SPD
Bürgerbüro „Dock1863“
Medusastraße 16
24143 Kiel

Kiel, den 21.08.2021

Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Lieber Herr Stein,

viele Menschen in Afghanistan sind in Lebensgefahr. Jede*r, der*die das Land verlassen möchte, muss dies tun können. Daher appelliere ich an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union: Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Deutschland muss gefährdete Menschen schützen und sofort evakuieren. Hierzu gehören die Ortskräfte deutscher Ministerien und Subunternehmen, Organisationen sowie deutscher bzw. deutsch finanzierter NGOs und Stiftungen inklusive ihrer Familien; Journalist*innen, die für deutsche Medien gearbeitet oder sich ihn ihnen kritisch geäußert haben; Wissenschaftler*innen, die in Deutschland studiert oder geforscht haben; Frauenrechts- und Menschenrechtsverteidiger*innen, Autor*innen, Künstler*innen, Sportler*innen sowie Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten. Hinzu kommen Familienangehörige von in Deutschland lebenden Afghan*innen, die zum Teil bereits seit Jahren auf Visa zum Familiennachzug warten.

Ich fordere:

1. Die sofortige Einrichtung einer Luftbrücke, um akut gefährdete Menschen und ihre Familien nach Deutschland zu holen
2. Schutz und Aufnahmeprogramme für alle Afghan*innen, die von den Taliban verfolgt werden
3. Direkte Aufnahme der Menschen aus Afghanistan durch die bereitstehenden Länder und Kommunen in Deutschland ermöglichen
4. Die Einrichtung von sicheren Fluchtwege für alle Menschen, die das Land verlassen wollen
5. Eine Aufstockung der Botschaften in Pakistan und im Iran, um die Wartezeit auf Visa für dorthin geflohene Afghan*innen zu verkürzen
5. Sicherheit und dauerhaftes Bleiberecht für afghanische Menschen, die in Deutschland leben.

Der Bundestag hat Ihnen für genau diese Situation mit §§ 22 und 23 des Aufenthaltsgesetzes eine **Rechtsgrundlage** gegeben, um eine Aufnahmezusage für bestimmte Einzelfälle und Personengruppen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu erteilen.

Als solidarische Gesellschaft müssen wir jetzt Druck aufbauen und zeigen: Wir lassen keinen Menschen zurück! Wir stehen an der Seite der afghanischen Menschen!

Mit freundlichen Grüßen

Absender*in:

An:
Wahlkreisbüro MdB Lorenz Gösta Beutin
Die Linke
Pferdemarkt 2
23843 Bad Oldesloe

Kiel, den 21.08.2021

Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Lieber Herr Beutin,

viele Menschen in Afghanistan sind in Lebensgefahr. Jede*r, der*die das Land verlassen möchte, muss dies tun können. Daher appelliere ich an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union: Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Deutschland muss gefährdete Menschen schützen und sofort evakuieren. Hierzu gehören die Ortskräfte deutscher Ministerien und Subunternehmen, Organisationen sowie deutscher bzw. deutsch finanzierter NGOs und Stiftungen inklusive ihrer Familien; Journalist*innen, die für deutsche Medien gearbeitet oder sich ihn ihnen kritisch geäußert haben; Wissenschaftler*innen, die in Deutschland studiert oder geforscht haben; Frauenrechts- und Menschenrechtsverteidiger*innen, Autor*innen, Künstler*innen, Sportler*innen sowie Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten. Hinzu kommen Familienangehörige von in Deutschland lebenden Afghan*innen, die zum Teil bereits seit Jahren auf Visa zum Familiennachzug warten.

Ich fordere:

1. Die sofortige Einrichtung einer Luftbrücke, um akut gefährdete Menschen und ihre Familien nach Deutschland zu holen
2. Schutz und Aufnahmeprogramme für alle Afghan*innen, die von den Taliban verfolgt werden
3. Direkte Aufnahme der Menschen aus Afghanistan durch die bereitstehenden Länder und Kommunen in Deutschland ermöglichen
4. Die Einrichtung von sicheren Fluchtwege für alle Menschen, die das Land verlassen wollen
5. Eine Aufstockung der Botschaften in Pakistan und im Iran, um die Wartezeit auf Visa für dorthin geflohene Afghan*innen zu verkürzen
5. Sicherheit und dauerhaftes Bleiberecht für afghanische Menschen, die in Deutschland leben.

Der Bundestag hat Ihnen für genau diese Situation mit §§ 22 und 23 des Aufenthaltsgesetzes eine **Rechtsgrundlage** gegeben, um eine Aufnahmezusage für bestimmte Einzelfälle und Personengruppen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu erteilen.

Als solidarische Gesellschaft müssen wir jetzt Druck aufbauen und zeigen: Wir lassen keinen Menschen zurück! Wir stehen an der Seite der afghanischen Menschen!

Mit freundlichen Grüßen

Absender*in:

An:

Regionalbüro Luise Amtsberg, MdB
Bündnis 90/Die Grünen
Gartenstr. 27/Eingang Legienstr. 27
24103 Kiel

Kiel, den 21.08.2021

Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Liebe Frau Amtsberg,

viele Menschen in Afghanistan sind in Lebensgefahr. Jede*r, der*die das Land verlassen möchte, muss dies tun können. Daher appelliere ich an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union: Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan – jetzt!

Deutschland muss gefährdete Menschen schützen und sofort evakuieren. Hierzu gehören die Ortskräfte deutscher Ministerien und Subunternehmen, Organisationen sowie deutscher bzw. deutsch finanzierter NGOs und Stiftungen inklusive ihrer Familien; Journalist*innen, die für deutsche Medien gearbeitet oder sich ihm ihnen kritisch geäußert haben; Wissenschaftler*innen, die in Deutschland studiert oder geforscht haben; Frauenrechts- und Menschenrechtsverteidiger*innen, Autor*innen, Künstler*innen, Sportler*innen sowie Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten. Hinzu kommen Familienangehörige von in Deutschland lebenden Afghan*innen, die zum Teil bereits seit Jahren auf Visa zum Familiennachzug warten.

Ich fordere:

1. Die sofortige Einrichtung einer Luftbrücke, um akut gefährdete Menschen und ihre Familien nach Deutschland zu holen
2. Schutz und Aufnahmeprogramme für alle Afghan*innen, die von den Taliban verfolgt werden
3. Direkte Aufnahme der Menschen aus Afghanistan durch die bereitstehenden Länder und Kommunen in Deutschland ermöglichen
4. Die Einrichtung von sicheren Fluchtwege für alle Menschen, die das Land verlassen wollen
5. Eine Aufstockung der Botschaften in Pakistan und im Iran, um die Wartezeit auf Visa für dorthin geflohene Afghan*innen zu verkürzen
5. Sicherheit und dauerhaftes Bleiberecht für afghanische Menschen, die in Deutschland leben.

Der Bundestag hat Ihnen für genau diese Situation mit §§ 22 und 23 des Aufenthaltsgesetzes eine **Rechtsgrundlage** gegeben, um eine Aufnahmezusage für bestimmte Einzelfälle und Personengruppen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu erteilen.

Als solidarische Gesellschaft müssen wir jetzt Druck aufbauen und zeigen: Wir lassen keinen Menschen zurück! Wir stehen an der Seite der afghanischen Menschen!

Mit freundlichen Grüßen